Neue Freie Presse

16. IV. 1917

16

136

Handelspolitische Zukunftsfragen.

Von Dr. Stephan Freiherrn v. Haupt.
Präsident der Brünner Handelskammer.

(Siehe Nr. 18940 der „Neuen Freien Presse" vom 15. Mai 1917.)

Brünn, 13. Mai.

Was die Zollfrage bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland betrifft, so sollte, abgesehen von jenen Zollpositionen, in denen eine Ungleichheit gegenüber dem deutschen Zolltarife durch die Natur der Dinge geboten erscheint, angestrebt werden, möglichst viele Positionen im österreichisch-ungarischen wie im deutschen autonomen Zolltarife auf der gleichen Höhe zu halten, überhaupt den ganzen Zolltarif in beiden Staaten auf demselben Schema aufzubauen. Desgleichen sollte getrachtet werden, unsere ganze Zollgesetzgebung und alle Zollvorschriften möglichst gleichartig zu gestalten. Demselben Zwecke hätten auch jene Bestrebungen zu dienen, welche darauf gerichtet sind, unsere ganze wirtschaftspolitische Gesetzgebung mit jener des Deutschen Reiches in Einklang zu bringen. Diese bisher nur von privaten Gesellschaften ausgehenden Bestrebungen sollten von den beiderseitigen Regierungen kräftigst unterstützt und systematisch gefördert werden.

Zu diesem Zwecke würde sich empfehlen, Kommissionen, bestehend aus hervorragenden Juristen und tüchtigen Wirtschaftspolitikern, zu bilden, denen die Aufgabe zu übertragen wäre, Gesetzentwürfe zu verfassen, auf Grund deren sodann durch Beschlüsse der beiderseitigen Parlamente wichtige Fragen des wirtschaftlichen Lebens nach gleichartigen Grundsätzen zu regeln wären.

Erst wenn diese Vorarbeiten geleistet sind und wenn die nächsten Jahrzehnte eine immer größere Ausgleichung der wirtschaftlichen Gegensätze und der Produktionsbedingungen in den beiden Staatsgebieten gebracht haben werden, wird daran gedacht werden können, aber auch daran gedacht werden müssen, von einem bloßen Handelsvertrage zur vollen Zollunion mit dem Deutschen Reiche überzugehen.

Betrachten wir nun den zweiten möglichen äußersten Fall, daß nämlich unsere derzeitigen Gegner, also England, Rußland, Frankreich und Italien, denen sich der eine oder andere neutrale Staat anschließen könnte, zu einem Zollbunde sich zusammenschließen, der den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die Mittelmächte und ihre Verbündeten von dem Verkehre mit diesen Staaten und somit von einem großen Teile des Weltverkehres auszuschließen.

Ein solches Vorgehen unserer Feinde müßte natürlich energische Abwehrmaßregeln unserseits notwendig machen und uns geradezu zwingen, den mitteleuropäischen Zollbund ins Leben zu rufen, der von unseren Gegnern so sehr gefürchtet wird, gegen den aber auch in unseren eigenen Ländern so manche Bedenken erhoben werden.

Diese Bedenken nun, so begründet sie auch erscheinen mögen, wenn es sich darum handeln würde, den mitteleuropäischen Zollbund als eine Angriffswaffe unserseits gegen unsere Gegner zu benützen, müssen verstummen in dem Augenblicke, wo dieser Zusammenschluß der Zentralmächte lediglich als eine Abwehr feindseliger Angriffe gedacht und von unseren Feinden gewissermaßen uns aufgezwungen wird. Denn welche Rolle müßten wir im Weltverkehre spielen, wenn wir gegenüber einer so ungeheuren wirtschaftlichen Potenz, wie sie die auch wirtschaftlich vereinigten Mächte des Vierverbandes darstellen, einzeln auftreten wollten!

Selbst den neutralen Staaten gegenüber würde unsere Position bei den Handelsvertragsverhandlungen eine äußerst schwache sein, weil die wirtschaftlichen Vorteile, die wir solchen Staaten bieten könnten, klein wären im Vergleiche zu jenen, die der Vierverbandswirtschaftsbund ihnen bieten kann, und wahrscheinlich würde dieser auf alle neutralen Staaten die stärkste Pression ausüben, um jede wirtschaftliche Konzession, die uns von diesen gemacht werden könnte, zu hintertreiben. Einer solchen Pression aber werden die neutralen Staaten um so weniger Widerstand leisten können, je geringer die wirtschaftliche Macht ist, die wir selbst in die Wagschale werfen können. Es wird daher eine zwingende Notwendigkeit für uns sein, nur vereint mit unseren Bundesgenossen, in erster Linie natürlich mit Deutschland, in Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten einzutreten. Dieses vereinte Verhandeln setzt aber schon die Schaffung aller jener Einrichtungen, insbesondere aber eines gemeinsamen Außenzolltarifes voraus, welche ich früher als die unerläßliche Vorbedingung für die Schaffung einer künftigen Zollunion bezeichnet habe.

Da auch die diplomatischen Bedenken, welche bei einer Fortdauer des auf der Meistbegünstigung beruhenden Handelsvertragssystems einem auf gegenseitiger Vorzugsbehandlung beruhenden Wirtschaftsverhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn entgegengestanden wären, nach Beseitigung des Meistbegünstigungssystems durch unsere Gegner entfallen, so steht einem auf gegenseitiger Vorzugsbehandlung beruhenden engeren Zusammenschluß der Mittelmächte und ihrer Verbündeten nichts mehr im Wege, und es würde sich nur darum handeln, die formalen Schwierigkeiten, welche in der Verschiedenheit unserer bisherigen Zoll- und wirtschaftlichen Gesetzgebung, aber auch in der Währungsverschiedenheit liegen, durch entsprechende gesetzgeberische Akte zu beseitigen.

Hiefür haben die wiederholten Beratungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsverbände in Deutschland und Oesterreich-Ungarn wertvolle Vorarbeit geleistet, und ich kann wohl voraussetzen, daß die bei diesen Beratungen festgelegten Grundzüge in den interessierten Kreisen bereits bekannt sind.

Die zu Beginn des Krieges noch stark auseinandergehenden Meinungen haben sich jetzt im großen und ganzen dahin abgeklärt, daß unser engeres Wirtschaftsbündnis mit Deutschland zunächst nur die Form einer gegenseitigen Vorzugsbehandlung annehmen kann, welche auf einem gemeinschaftlichen Außenzolltarif den anderen Staaten gegenüber und auf einer Zwischenzollinie zwischen den beiden verbündeten Staaten beruht, welche niedrigere Zölle als der Außentarif in den wichtigsten Positionen aufzuweisen hätte.

Daß eine solche Vorzugsbehandlung des Deutschen Reiches für gewisse Zweige unserer Industrie Gefahren mit sich brächte, kann nicht geleugnet werden. Die daraus entspringenden Bedenken müssen aber in den Hintergrund treten im Vergleiche zu den weit größeren Vorteilen, welche das gesamte Wirtschaftsleben Mitteleuropas bei einem ihm aufgezwungenen Wirtschaftskampfe aus dieser Gestaltung ziehen wird. Auch können die der österreichischen Industrie drohenden Gefahren durch geeignete Gegenmaßnahmen abgeschwächt werden. So wird zum Beispiel die Ausdehnung der Kartelle über die Reichsgrenze hinaus, das heißt also eine Vereinigung der deutschen und österreichischen Industriekartelle mit gegenseitiger Rayonierung der Absatzgebiete, gewiß die Gefahren der deutschen Konkurrenz wesentlich mildern.

Es müßte ferner gefordert werden, daß die österreichische Industrie bei allen großen Exportaktionen der deutschen Industrie, welche diese unter dem wirksamen Schutze der diplomatischen Vertretung des Reiches bisher schon mit so großem Erfolge in Szene zu setzen gewußt hat, ihrer Leistung entsprechend beteiligt werde. Dies würde unserer Industrie über viele Schwierigkeiten, mit denen sie gegenwärtig bei ihren Exportbestrebungen zu kämpfen hat, hinweghelfen, würde ihr neue Verbindungen schaffen und ihren Unternehmungsgeist und ihre Expansionskraft stärken.

Der engere wirtschaftliche Anschluß an das Deutsche Reich würde es unserer Industrie endlich auch ermöglichen, aus den Bankverbindungen, welche die großen deutschen Banken nahezu in der ganzen Welt besitzen und denen unsere österreichischen Banken eine gleichwertige Organisation bisher an die Seite zu stellen nicht in der Lage waren, Vorteile zu ziehen. Ein erster Schritt auf diesem Gebiete wurde übrigens bereits gemacht, indem sich zwei große Wiener Banken an südamerikanischen Gründungen deutscher Banken vor kurzem beteiligt haben.

Außerdem ist nicht außer Acht zu lassen, daß dritten Staaten die Möglichkeit gegeben werden soll, sich dem mitteleuropäischen Wirtschaftsbunde anzuschließen, wodurch sich auch für die Industrie Oesterreich-Ungarns neue Exportmöglichkeiten ergeben würden.

Alles in allem genommen, scheinen mir die Vorteile dieses Systems für unser gesamtes Wirtschaftsleben größer als die etwa zu befürchtenden Nachteile. Allerdings wird speziell für die österreichische Industrie alles darauf ankommen, ob im einzelnen Falle jenes Maß von Zollschutz dem Deutschen Reiche gegenüber gefunden werden kann, welches unerläßlich ist, um ihre Existenz zu ermöglichen. Hier wird natürlich viel von der Geschicklichkeit und der Sachkenntnis unserer Unterhändler abhängen.

Möge es Oesterreich beschieden sein, daß seine maßgebenden Faktoren bei der Auswahl dieser Männer eine glückliche Hand beweisen!